

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE / 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE PROTOKOLL

della 201. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 13. September 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Molignoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Abwesende ABGEORDNETE: Franz Demetz (entsch.nachm.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Dr. Egmont Jenny (unentsch.vorm.)
Sepp Mayr (entsch.)
Fabio Rella (entsch.)
Alfons Rigott (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um folgende Tagesordnung zu behandeln:

1. Anfragen und Interpellationen;
2. Landesgesetzentwurf Nr. 258/78 und 268/78: "Änderungen zum Landesgesetz vom 18. März 1972, Nr. 5, betreffend die Errichtung des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates";
3. Landesgesetzentwurf Nr. 289/78: "Errichtung einer Beschwerdestelle für Verwaltungsangelegenheiten";
4. Landesgesetzentwurf Nr. 263/78: "Handelsordnung";
5. Landesgesetzentwurf Nr. 304/78: "Bestimmungen im Bereich der Gemeindeschlachthöfe";
6. Landesgesetzentwurf Nr. 305/78: "Abänderungen und Ergänzungen zum Landesgesetz vom 27. November 1967, Nr. 15, sowie zu dessen nachträglichen Änderungen und Ergänzungen, betreffend das Personal der bäuerlichen Berufsertüchtigung".

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Präsident die Abgeordneten und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, die Legislaturperiode gut zu Ende zu bringen. Gleichzeitig kündigt der Präsident an, daß er anläßlich der nächsten Landtagssitzung die Fraktionssprecher einberufen wolle, um das Programm der Arbeiten festzusetzen.

Nach Verlesung einiger Mitteilungen, betreffend die Einbringung von Gesetzentwürfen, ersucht der Abg. Sfondrini um sofortige Behandlung des Punktes 8 der zusätzlichen Tagesordnung und zwar: Beschlußantrag Nr. 45/78, eingebracht durch die Abg. Giuseppe Sfondrini, Josef Stecher, Willi Erschbaumer und Dr. Egmont Jenny, am 4. September 1978.

Dazu teilt der Präsident mit, daß er zuerst die Punkte 1 und 2 der TO behandeln wolle, aber in der Nachmittagssitzung mit obgenannten Punkt 8 fortfahren werde, um der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Beschlußantrag zu befassen.

Punkt 1 der Tagesordnung: Anfragen und Interpellationen;

Anfrage Nr. 356/77: eingebracht durch den Abg. Achmüller am 16.12.77 betreffend Wehrdienstleitung der heimatfernen Südtiroler.

Nach einer kurzen Erläuterung durch Achmüller antwortet ausführlich Landeshauptmann Magnago.

Der Abg. Achmüller dankt für die erschöpfende Antwort und ersucht LH Magnago um eine Ablichtung des Briefes vom zuständigen Minister.

Anfrage Nr. 398/78: eingebracht am 17.8.78, durch den Abg. Dubis, betreffend "Südtirol als offizielle Bezeichnung für die Provinz Bozen".

Der Präsident bringt auch ein diesbezügliches Schreiben des Regierungskommissärs zur Verlesung.

Nach einer Erläuterung durch Dubis antwortet LH Magnago und betont, daß er in Rom intervenieren werde, daß die Bezeichnung Südtirol auch in den LG neben dem Ausdruck Provinz Bozen gebracht werden dürfe.

Der Präsident nimmt nochmals zum Ersuchen Sfondrinis, den Beschluß-

antrag Nr. 45 sofort zu behandeln, Stellung.

Er selbst habe nichts gegen eine sofortige Behandlung, doch müsse der Landtag damit einverstanden sein.

Landeshauptmann Magnago erklärt nun im Namen der Landesregierung, daß der Beschlußantrag eine gründliche Behandlung verdiene, er aber noch die Landesregierung in einer Sitzung die er mittags einberufen wolle, befassen werde.

Sfondrini erklärt sich damit einverstanden und ersucht, daß der Beschlußantrag am Nachmittag als erster Punkt behandelt werde.

Punkt 2) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 258/78 und 268/78: "Änderungen zum Landesgesetz vom 18. März 1972, Nr. 5, betreffend die Errichtung des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates."

Mitolo verliest den Bericht der dritten Kommission.

Der Abg. Bertorelle erläutert die Ursachen der Zusammenlegung der beiden Gesetzentwürfe und betont die Wichtigkeit, den Landeswirtschafts- und Sozialbeirat regelmäßig bei Erlass von wichtigen Gesetzen einzuberufen.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß der Beirat mit verantwortungsvolleren Aufgaben betraut werden müsse.

Der Abg. Stecher erklärt sich im Großen und Ganzen mit dem Gesetzentwurf einverstanden, auch wenn seiner Meinung nach manches daran geändert werden müsse. Besonders der Art. 1 müßte geändert werden, da nicht nur die Landesregierung, sondern jede Ratsgruppe den Beirat um ein Gutachten ersuchen können müßte. In diesem Sinne werde er einen Abänderungsantrag einbringen.

Der Abg. Erschbaumer erklärt sich mit der Funktion des Beirates einverstanden, nur müsse dieser regelmäßig einberufen werden können und nicht wie in diesem Jahre bei 46 Gesetzentwürfen nur drei von diesem besprochen wurden.

Präsident Mognoni erklärt sich ebenfalls mit dem Gesetzentwurf einverstanden und zwar im besonderen mit der Bestimmung, daß der Beirat sich mit jedem Gesetzentwurf, der wirtschaftlich- sozialer Natur sei, befassen muß.

Der Abg. Achmüller bezeichnet die Funktionen des Beirates als äußerst wichtig und es müsse genügend Raum für die Arbeitnehmer sein, damit diese sich ebenfalls wie die anderen Kategorien (Kaufleute, Landwirte usw.) direkt an die zuständigen Assessorate wenden können. Er dankt dem Vorsitzenden der vierten Kommission Bertorelle, daß er sich für das Zustandekommen des Gesetzentwurfes so geschlagen habe, auch wenn einige von ihm - Achmüller - eingebrachten Abänderungsanträge nicht angenommen wurden.

Der Abg. Neuhauser dankt im Namen der Wirtschaftstreibenden für die Einbringung des Gesetzentwurfes und betont, daß eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für das Funktionieren des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates unerläßlich sei.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt nun mit 3 Enthaltungen.

Art. 1: es liegen drei Abänderungsanträge vor.

Der erste wurde von Erschbaumer und Stecher eingebracht. Er wird von Erschbaumer erläutert, während die Abg. Bertorelle und Müller sich dagegen aussprechen.

Ein zweiter Antrag wird von Nicolodi vorgeschlagen: die Abg. Ladurner-Parthanes und Erschbaumer nehmen dazu Stellung, während der Abg. Mitolo den dritten Abänderungsantrag vorbringt.

Landeshauptmann Magnago erklärt sich mit dem Antrag Mitolos einverstanden.

Der Abg. Stecher besteht auf seinen Antrag, während der Abg. Nicolodi einen weiteren Abänderungsantrag zum Art. 1 einbringt. Der Antrag Stechers und Erschbaumers wird von diesem zurückgezogen und durch einen neuen Antrag von Mitolo ersetzt. Präsident Magnago erklärt sich mit der Neuformulierung des Antrages von Mitolo nicht einverstanden und er ersucht um Abstimmung nach Punkten. Nun bringt der Abg. Stecher wiederum seinen Antrag von vorhin ein, der aber mit 15 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen rückverwiesen wird.

Nun wird der Antrag Mitolos nach Punkten abgestimmt:

Punkt 1: mehrheitlich mit 1 Enthaltung angenommen.

Punkt 2: mit 6 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt - die DC nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Ende der Vormittagssitzung um 12.30 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 15.45 Uhr.

Es gelangen die Protokolle der 199. und 200. Sitzung vom 14. bzw. 15. Juli zur Verlesung.

Der Abg. Erschbaumer erläutert nochmals einen von ihm, Jenny, Stecher, Nicolodi und Sfondrini eingebrachten Abänderungsantrag und ersucht den Landtag, diesen zu genehmigen.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß es sehr schwierig sein werde, den im Punkt 1 des Abänderungsantrages vorgesehenen Jahresbericht über die Wirtschaftsentwicklung unserer Provinz zu erstellen, da der Beirat nicht über die nötigen Mittel verfüge. Daher werde er gegen den Antrag stimmen.

Der Abg. Neuhauser bezeichnet den Abänderungsantrag als hinterhältig, da man die Landesregierung nicht zwingen könnte, sämtliche Unterlagen herauszugeben.

Landeshauptmann Magnago erklärt, daß die Landesregierung mit dem Abänderungsantrag nicht einverstanden sei, da dem Beirat Aufgaben zu

geteilt werden, die mit der Natur dieses Organs nichts zu tun haben.

Nach einer Wortmeldung durch Dubis und Mitolo wird der Abänderungsantrag von Erschbaumer usw. mit 5 Ja-Stimmen und den restlichen Gegenstimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag, der den Artikel 1 ergänzen sollte, wird von Mitolo eingebracht und von diesem erläutert.

Dieser Antrag wird nun mit 1 Ja-Stimme und den restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Artikel 1, abgeändert durch Punkt 1 des ersten Abänderungsantrages von Mitolo wird nun mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Art. 2: mit 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 3: mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Art. 4: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 5: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 6: mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen genehmigt.

Art. 7 und 8: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 9: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 10: stimmenmehrheitlich mit 1 Enthaltung genehmigt.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wird nun ohne Erklärung zur Stimmabgabe von 23 Abstimmenden mit 18 Ja-Stimmen und 5 weißen Stimmzetteln genehmigt.

Es gelangt nun Punkt 8) der zusätzlichen Tagesordnung: Beschlusantrag Nr. 45/78, eingebracht durch die Abg. Giuseppe Sfondrini, Josef Stecher, Willi Erschbaumer und Dr. Egmont Jenny zur Behandlung.

Der Präsident verliest nun den Beschlusantrag und kündigt an, daß ein sehr ähnlich lautender Beschlusantrag von der Landesregierung als Abänderung ebenfalls vorliegt.

Der Abg. Nicolodi betont dazu, daß ein Abänderungsantrag zu einem Beschlusantrag nur mit Zustimmung der Einbringer des Beschlusantrages behandelt werden dürfe, ansonsten müßte ein solcher Abänderungsantrag, der denselben Gegenstand zum Inhalt habe, als eigener Beschlusantrag eingebracht werden und die Frist bis zu dessen Behandlung müsse, entsprechend der Geschäftsordnung, 10 Tage betragen.

Der Abg. Sfondrini erläutert nun den Beschlusantrag und betont, daß durch diesen versucht werden soll, die Beschäftigungslage in unserer Provinz zu untersuchen und den Anforderungen der Arbeitnehmer anzupassen. Die Anwesenheit so vieler Arbeitnehmer auf der Tribüne beweise das Vertrauen dieser Kategorie in die Organe der Provinz. Die Arbeiterschaft dürfe nicht enttäuscht werden und der Glaube an die Autonomie müsse gestärkt werden. Er macht den Landtag aufmerksam, daß im Beschlusantrag kein polemischer Ton gegen die Landesregierung enthalten sei.

Der Präsident schlägt eine Fraktionssprechersitzung vor, um sich

über die beiden Beschlußanträge zu einigen.

Der Abg. Stecher erklärt sich damit nicht einverstanden und betont u.a. daß die Arbeitnehmer vom Land präzise Garantien erhalten sollen, wonach die Arbeitsplätze und deren Absicherung garantiert werden soll. Eine Verminderung der Arbeitsplätze wirke sich auf jeden Fall negativ auf das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung aus.

Der Abg. Erschbaumer bedauert die Interessellosigkeit der SVP-Fraktion am Problem der Arbeitnehmer, was durch die Abwesenheit von 13 Abgeordneten auf 20 offenkündig sei. Das Land müsse alle Kompetenzen, die es habe, ausschöpfen, um die Beschäftigungslage zu verbessern und jedes parteipolitische Interesse müsse bei der Behandlung des Beschlußantrages ausgeschaltet werden.

Präsident Molygoni erklärt, daß er gehofft hatte, in Anbetracht der Wichtigkeit des Problems, zu einem einheitlichen Text des Beschlußantrages zu gelangen.

Der Abg. Jenny erwartet sich eine klare politische Stellungnahme der Landesregierung zur Industriezone Bozen, zumal ein Schreiben von 900 Industriearbeitern die Landesregierung nicht bewogen habe, zum Problem Stellung zu nehmen. Man müsse den Eindruck haben, daß die Landesregierung die Industriezone auflösen wolle.

Der Abg. Achmüller erklärt sich teilweise mit dem Beschlußantrag nicht einverstanden, da man im Falle Lancia nicht von einer Krise sprechen könne. Es sei bedauerlich, daß durch das Nichtfunktionieren der Sarner Ski und der Hellweg die Wirtschaft eines ganzen Tales in Mitleidenschaft gezogen werde. Trotzdem könne man nicht sagen, daß die Landesregierung nichts zur Rettung dieser Betriebe beigetragen hätte: sie habe sich im Falle Sarner Ski für die Auszahlung der Gehälter eingesetzt.

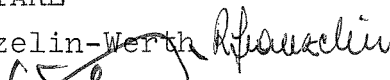
Landesrat Pasquali betont, daß die wirtschaftliche Lage in Südtirol immer im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage Italiens gesehen werden müßte und das Problem des Zusammenlebens weder durch künstliche Zuwanderung noch durch künstliche Abwanderung gelöst werden könne. Um das Gleichgewicht im Lande zu wahren, müßten zumindest die bestehenden Arbeitsplätze erhalten werden.

Abschließend betont Pasquali, daß in dem von der Landesregierung eingebrachten Beschlußantrag nichts wesentlich Neues enthalten sei; nur die Form sei etwas verschieden.

Ende der Sitzung um 18.40 Uhr.

/fm

DIE SEKRETÄRE

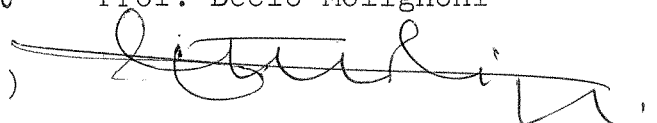
Rosa Franzelin-Werth 

Toni Kiem 

Avv. Anselmo Gouthier (entsch.)

DER PRÄSIDENT

Prof. Decio Molygoni



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA / 1978
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 201^a seduta tenuta a BOLZANO il giorno 13 settembre 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Malignoni Prof. Decio
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Durnwalder Dr. Luis

Assistono i SEGRETARI: Franzelin-Werth Rosa
Beisitz der SEKRETÄRE: Kiem Anton

Sono assenti i CONSIGLIERI: Benedikter Dr. Alfons (giust.)
Abwesende ABGEORNDETE: Demetz Franz (giust.pom.)
Gouthier Avv. Anselmo (giust.)
Jenny Dr. Egmont (ingiust.matt.)
Mayr Sepp (giust.)
Rella Rabio (giust.)
Rigott Alfons (ingiust.)

Il Consiglio provinciale si è riunito in sessione straordinaria per trattare il seguente ordine del giorno:

- 1) Interrogazioni ed interpellanze;
- 2) Disegno di legge provinciale n. 258/78 e 268/78: "Modificazioni alla Legge provinciale 18.3.1972, n. 5, concernente l'istituzione del CESP";
- 3) Disegno di legge provinciale n. 289/78: "Istituzione di un ufficio ricorsi per questioni amministrative";
- 4) Disegno di legge provinciale n. 263/78: "Disciplina del commercio";
- 5) Disegno di legge provinciale n. 304/78: "Disposizioni in materia di macelli comunali";
- 6) Disegno di legge provinciale n. 305/78: "Modifica dell'art. 3 della legge provinciale 19 gennaio 1973, n. 6";
- 7) Disegno di legge provinciale n. 307/78: "Modifiche ed integrazioni alla Legge provinciale 27 novembre 1967, n. 15, e successive modifiche nonché integrazioni, concernenti il personale addetto all'addestramento professionale agricolo".

In apertura dei lavori il Presidente ~~age~~ il suo saluto all'assemblea ed auspica che la legislatura in corso possa avere una buona conclusione.

Il Presidente comunica nel contempo di avere l'intenzione di convocare in occasione della prossima seduta del Consiglio provinciale il collegio dei capigruppo per concordare il programma dei lavori.

Dopo la lettura di alcune comunicazioni, concernenti la presentazione di disegni di legge, il consigliere Sfondrini chiede di anticipare la trattazione del punto 8) dell'ordine del giorno suppletivo e più precisamente la mozione n. 45/78, presentata in data 4 settembre 1978 dai consiglieri Giuseppe Sfondrini, Josef Stecher, Willi Erschbaumer e Dr. Egmont Jenny.

Al riguardo il Presidente comunica che intende trattare innanzitutto i punti 1) e 2) dell'ordine del giorno ed iniziare nella seduta pomeridiana con la trattazione nel succitato punto 8), per dare alla Giunta la possibilità di esaminare la mozione.

Punto 1) all'ordine del giorno: interrogazioni ed interpellanze.

Interrogazione n. 356/77, presentata dal consigliere Achmüller il 16 dicembre 1977, concernente il servizio di leva dei sudtirolesi emigrati all'estero.

Dopo una breve illustrazione del consigliere Achmüller, risponde circostanziatamente il Presidente Magnago.

Il consigliere Achmüller ringrazia il Presidente della Giunta per l'esauriente risposta, pregandolo di inviargli una fotocopia della

del consigliere Mitolo:

Punto1): approvato a maggioranza con un'astensione;

Punto2): respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli e 15 voti contrari - i consiglieri della DC non partecipano alla votazione.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.30.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.45.

In apertura dei lavori, viene data lettura dei processi verbali della 199^a e 200^a seduta risp. del 14 e del 15 luglio u.sc.

Un emendamento a firma Erschbaumer, Jenny, Stecher, Nicolodi e Sfondrini viene illustrato dal consigliere Erschbaumer, che invita l'assemblea ad esprimere parere favorevole in merito.

Il consigliere Mitolo é dell'avviso che sará molto difficile elaborare una relazione annuale sullo sviluppo dell'economia della nostra Provincia come previsto al punto 1) dell'emendamento in discussione, dato che la Consulta non dispone dei mezzi a ciò necessari. Egli conclude dichiarando che, per tale motivo egli voterá contro l'emendamento.

Il consigliere Neuhauser é dell'avviso che questo emendamento non sia per nulla impegnativo, in quanto non é possibile costringere la Giunta a mettere a disposizione la relativa documentazione.

Il Presidente Magnago dichiara che la Giunta non é d'accordo su questo emendamento, con il quale verrebbero affidati al CESP compiti estranei alla sua stessa natura.

Dopo un intervento dei consiglieri Dubis e Mitolo l'emendamento viene respinto a maggioranza con 5 voti favorevoli.

Il consigliere Mitolo illustra un ulteriore emendamento integrativo all'art. 1.

Posto in votazione l'emendamento del consigliere Mitolo viene respinto a maggioranza con un voto favorevole.

L'art. 1, modificato dal punto 1) dal primo emendamento del consigliere Mitolo viene approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 2: approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 3: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 4: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 5: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 6: approvato a maggioranza con un voto contrario e tre astensioni.

Artt. 7 e 8: approvati a maggioranza con due astensioni.

Art. 9: approvato all'unanimitá.

Art. 10: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Senza dichiarazioni di voto, il disegno di legge nel suo complesso é stato approvato con 18 voti favorevoli e 5 schede bianche su 23 votanti.

A questo punto il Consiglio passa alla trattazione del punto 8) dell'ordine del giorno suppletivo: mozione 45/78, presentata dai con-

siglieri Giuseppe Sfondrini, Josef Stecher, Willi Erschbaumer e dott. Egmont Jenny, il giorno 4 settembre 1978.

Dopo aver dato lettura della mozione, il Presidente comunica che la Giunta ha presentato a titolo di modifica una mozione molto simile a quella testé letta.

Al riguardo il consigliere Nicolodi fa presente che un emendamento ad una mozione può essere trattato solo con il consenso dei presentatori della mozione; diversamente, un emendamento avente per contenuto lo stesso oggetto, come nel caso specifico, dovrebbe essere presentato come mozione a sé stante e la sua trattazione potrebbe avere luogo solo dopo 10 giorni dalla sua presentazione, come previsto dal Regolamento interno.

Nell'illustrare la mozione, il consigliere Sfondrini sottolinea che con la medesima si mira ad effettuare un'analisi della situazione occupazionale nella nostra Provincia, per cercare di adeguarla alle esigenze dei lavoratori.

La presenza così numerosa di lavoratori in tribuna dimostra che essi hanno fiducia negli organi della Provincia. I lavoratori non devono venire delusi e la fede nell'autonomia deve essere rafforzata. Il consigliere Sfondrini sottolinea infine che la mozione non contiene nessun tono polemico nei confronti della Giunta provinciale.

A questo punto il Presidente propone di convocare una seduta dei capigruppo, per poter trovare una base di accordo sulle due mozioni.

Il consigliere Stecher si dichiara contrario a tale proposta ed osserva, tra l'altro, che i lavoratori devono ricevere dalla Provincia garanzie precise circa la salvaguardia e la sicurezza dei posti di lavoro. Egli sottolinea che una riduzione dei posti di lavoro avrebbe sicuramente ripercussioni negative sulla pacifica convivenza della popolazione.

Il consigliere Erschbaumer deplora il disinteresse dimostrato dal gruppo SVP nei confronti dei problemi dei lavoratori, disinteresse che si rende evidente, vista l'assenza di 13 consiglieri su 20. Egli ribadisce che la Provincia deve esercitare in pieno le competenze di cui dispone per promuovere un miglioramento della situazione occupazionale e che di fronte a questa mozione è necessario prescindere da qualsiasi interesse dettato da politica di partito.

Il Presidente Mognoni dichiara di aver sperato che, considerata l'importanza del problema, si sarebbe potuti giungere a un testo unificato.

Nel prendere la parola, il consigliere Jenny comunica che, per

lettera trasmessa dal Ministero della difesa.

Interrogazione n. 398/78, presentata il 17 agosto 1978 dal consigliere Dubis, concernente la dizione "Alto Adige (Südtirol) come denominazione ufficiale per la Provincia di Bolzano".

Il Presidente dà lettura anche di una presa di posizione scritta dal Commissario del Governo.

Dopo l'illustrazione dell'interrogante, il Presidente Magnago dichiara che intende intervenire presso gli organi competenti di Roma, affinché la dizione "Alto Adige" possa essere usata anche nelle leggi provinciali, in aggiunta alla dizione "Provincia autonoma di Bolzano".

Il Presidente prende nuovamente posizione sulla richiesta del consigliere Sfondrini di trattare con priorità la mozione n. 45.

Egli precisa che personalmente non avrebbe nulla in contrario ad aderire a tale richiesta, ma che la decisione spetta al Consiglio.

Il Presidente della Giunta Magnago dichiara a nome della Giunta che la mozione in parola merita un attento esame e che egli intende convocare per mezzogiorno una seduta di Giunta per approfondire la materia.

Il consigliere Sfondrini si dichiara d'accordo con tale motivazione e chiede che la mozione venga trattata come primo punto nella seduta pomeridiana.

Punto 2) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n.258/78 e 268/78: "Modificazioni alla Legge provinciale 18.3.1972, n. 5, concernente l'istituzione del CESP".

Il consigliere Mitolo dà lettura della relazione della terza Commissione legislativa.

Il consigliere Bertorelle illustra i motivi per i quali si è proceduti alla fusione dei due disegni di legge e ribadisce quanto sia importante che il CESP venga regolarmente consultato in merito a provvedimenti di vasta portata.

Il consigliere Mitolo è d'opinione che al CESP debbano essere affidati compiti che comportino maggiore responsabilità.

Il consigliere Stecher si dichiara in linea di massima d'accordo sul disegno di legge in esame, sottolineando peraltro che esso dovrebbe essere in parte modificato. A suo avviso dovrebbe essere modificato in particolare l'art. 1, nel senso che la possibilità di chiedere un parere al CESP non dovrebbe limitarsi alla Giunta provinciale, ma venire estesa a tutti i gruppi consiliari. Al riguardo egli comunica che presenterà un emendamento in tale senso.

Il consigliere Erschbaumer, nel dichiararsi d'accordo circa le funzioni del CESP, sottolinea che questa Consulta dovrebbe venire consultata regolarmente a differenza di quanto avvenuto quest'anno, nel cor

so del quale la medesima è stata convocata solo per esaminare tre provvedimenti su un totale di 46 disegni di legge presentati al Consiglio.

Il Presidente Molignoni si dichiara d'accordo sul provvedimento ed in particolare sulla norma, in base alla quale il CESP dovrà esprimere il suo parere in merito ad ogni disegno di legge di carattere economico e sociale.

Il consigliere Achmüller definisce estremamente importanti le funzioni del CESP e sottolinea che nell'ambito della Consulta dovrebbe essere riservato sufficiente spazio per i lavoratori, affinché essi possano, come le altre categorie (commercianti, agricoltori ecc.), rivolgersi direttamente agli Assessorati competenti. Egli ringrazia il Presidente della quarta Commissione, Avv. Bertorelle, per essersi battuto per l'elaborazione di questo disegno di legge, pur rammaricandosi per il fatto che alcuni suoi emendamenti non sono stati accolti.

Il consigliere Neuhauser ringrazia a nome degli operatori economici per la presentazione del provvedimento ed osserva che la collaborazione fra lavoratori e datori di lavoro è indispensabile per il buon funzionamento del CESP.

Chiusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 1: sono stati presentati tre emendamenti.

Il primo emendamento a firma Erschbaumer e Stecher viene illustrato dal primo firmatario. I consiglieri Bertorelle e Müller si dichiararono contrari.

Sul secondo emendamento proposto dal consigliere Nicolodi prendono posizione i consiglieri Ladurner-Parthanes e Erschbaumer. Il consigliere Mitolo presenta a sua volta un terzo emendamento.

Il Presidente della Giunta, Magnago, si dichiara d'accordo sull'emendamento del consigliere Mitolo.

Il consigliere Stecher insiste sul proprio emendamento e il consigliere Nicolodi presenta un ulteriore emendamento all'art. 1.

A questo punto i consiglieri Erschbaumer e Stecher ritirano il loro emendamento che viene sostituito da un nuovo emendamento del consigliere Mitolo. Il Presidente Magnago dichiara di non essere d'accordo con la nuova formulazione dell'emendamento del consigliere Mitolo e chiede una votazione per singoli punti. Il consigliere Stecher dichiara a questo punto di voler mantenere l'emendamento precedentemente ritirato, che, posto in votazione, viene respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli, 15 voti contrari e 4 astensioni.

Viene quindi posto in votazione per singoli punti l'emendamento

quanto riguarda la zona industriale di Bolzano si attende una chiara presa di posizione politica da parte della Giunta, tanto piú che neppure una lettera firmata da 900 lavoratori dell'industria non ha indotto la medesima a prendere posizione su questo problema. A suo avviso si deve avere l'impressione che la Giunta intenda far scomparire la zona industriale.

Il consigliere Achmüller dichiara di non essere d'accordo su alcuni punti della mozione, in quanto nel caso della Lancia non si può parlare di una vera e propria crisi. Egli definisce deplorabile il fatto che a causa del mancato funzionamento delle ditte "Sarner Ski" e "Hellweg" venga pregiudicata l'economia di un'intera vallata. Non si può peraltro sostenere che la Giunta non abbia contribuito a salvare queste aziende; nel caso della "Sarner Ski" la Giunta si é infatti impegnata per il pagamento dei salari e degli stipendi.

Nel prendere la parola, l'Assessore Pasquali osserva che la situazione economica dell'Alto Adige va sempre considerata nel quadro della situazione economica del intero Paese e che il problema della convivenza non può essere risolto né attraverso una immigrazione né attraverso un'emigrazione provocate artificialmente. Per mantenere l'equilibrio nella nostra provincia é a suo avviso necessario conservare per lo meno i posti di lavoro attualmente esistenti. Concludendo, l'Assessore Pasquali tiene a rilevare che nella mozione presentata dalla Giunta si riscontrano solo delle differenze di forma, ma che la sostanza é rimasta praticamente invariata.

La seduta termina alle ore 18.40.

/fm

I SEGRETARI

- Franzelin-Werth Rosa *R. Franzelin*
- Kiem Toni *[Signature]*
- Gouthier Avv. Anselmo (giust.)

IL PRESIDENTE

- Molygoni Prof. Decio *[Signature]*